Nummer 108

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 200 Mk. 68. Jahrgang Dienstag, 6. März 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 53/54 GRUNDSTÜCKE

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, Ziehungslisten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt

Telegr.-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskr. übern. der Verlag keine Verantwortung | u. Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten | Unverl. eingel. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Anzeigen-Preis: Die 12 gespalt. Zeile 1500 Mk., Reklamezeile 6000 Mk., Stellungsuchende 500 Mk. Bezugs-Preis freibleibend für Monat März 7500 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Für das Ausland ist der Bezug nur unter Streifband zulässig. Bestellungen sind nicht an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 1. Semester 1923 für Amerika 6 Dollar, Frankreich 75 franz. Francs, Belgien 75 belg. Francs, Schweiz 30 schweiz. Francs, Holland 15 holl. Gulden, Dänemark 30 dän. Kronen, Schweden 30 schwed. Kronen, Norwegen 30 norw. Kronen, England 30 Schilling, Italien 150 Lire, Rumänien 700 rum. Lei, Spanien 40 span. Pesetas, Finnland 240 finn. Mark, Tschechoslowakei 225 tschech. Kronen, ferner für Oesterreich-Ungarn und Polen pro Monat 10000 Mark

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Der zweideutige Poincaré.

Drei peinliche Gewissensfragen.

Paris, 5. März.

„Ere Nouvelle" veröffentlicht folgende Auslassung: Der diplomatische Berichterstatter unseres Blattes hat gestern entsprechend der Weisung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ein Dementi seiner Regierung über die Zwischenfälle in Medlinghausen nach der Darstellung des „Vorwärts" veröffentlicht, über die „Ere Nouvelle" eine Untersuchung verlangt hatte. Weiter heißt es, selbstverständlich habe es, das Blatt, damit eine amtliche Erklärung wiedergeben wollen, für die die Regierung die volle Verantwortung trage. Es habe in der Angelegenheit keinerlei persönliche Ansicht ausgesprochen. Seit Ende Januar lebe man unter Zweideutigkeiten. Man sei nach dem Ruhrgebiet mit dem Gedanken gekommen, daß es sich um Beschlagnahme von Pfändern handele zu dem Zwecke, Frankreich die Bezahlung der Reparationen zu gewährleisten. Heute sei aber weder von der Beschlagnahme von Pfändern, noch von Zahlungsmitteln die Rede. Heute sei nur noch die Rede von Sicherheiten. Indessen müsse klargestellt werden, ob das Ruhrgebiet Geld einbringe oder nicht. Bringe es Geld ein, warum werde dann nicht mehr von all dem geredet, was sich auf den finanziellen Ertrag der Besetzung beziehe? Warum gebe man sich den Anschein, als habe man kein Interesse an dieser Bezahlung, die man noch vor zwei Monaten als unbedingt notwendig erachtet habe? Wenn dagegen in dieser Beziehung von der Anwesenheit der französischen Truppen im Ruhrgebiet nichts zu erwarten sei, warum gestatte man die Regierung nicht endgültig die Illusionen? Wenn es sich aber nicht darum handele, in Essen zu bleiben, damit Frankreich Bezahlung finde, sondern damit es gut verteidigt sei, dann möge man das auch sagen. Es liege auf der Hand, daß sich Poincaré durch die vollständige Enthüllung dessen, was sich seit dem Eintritt der Franzosen in das Ruhrgebiet abgespielt habe, vielleicht eine recht lebhafte Kritik zuziehen werde. Sicher aber werde man sagen, daß er dem Lande gegenüber keine klare Sprache geführt habe. Wenn man ferner, wie der Kriegsminister glaube, ein häufiges Deutschland vor sich habe, das zum baldigen Angriff auf Frankreich bereit sei, wenn diese Ansicht nicht nur auf Besorgnis, sondern auf Beweisen beruhe, dann möge man vor allen Kanzleien Europas die Beweismittel veröffentlichen und England und Amerika die Folgen darlegen, die die Aufgabe des Generalpaktes nach sich gezogen habe.

Paris, 5. März.

Der Führer der sozialistischen Kammerfraktion, Abgeordneter Léon Blum, stellt in einer Erklärung fest, die ganze öffentliche Meinung in Deutschland sei heute davon überzeugt, daß Frankreich ins Ruhrgebiet eingerückt sei, um unbegrenzte Zeit dort zu bleiben, und daß es die Bildung eines aus dem Ruhrgebiet und dem linken Rheinufer sich zusammensetzenden autonomen Staates, d. h. eine Zerstückelung des Deutschen Reiches im Auge habe. Wenn die Deutschen sich in dieser Auffassung bestärken wollten, brauchten sie übrigens nur die französischen Zeitungen mit Einschluß des „Journal Officiel" einzusehen. Dort sei zu lesen, Frankreich halte das Ruhrgebiet besetzt, um sich gegen eine drohende deutsche Revanche zu schützen, und die Sicherheit Frankreichs werde durch den Besitz des Rheinufers und des industriellen Arsenals im Ruhrgebiet gewährleistet. Blum stellt der Schweigetaktik Poincarés und seiner Weigerung, die wahren Ziele Frankreichs unzweideutig und feierlich zu verkünden, die Erklärung der belgischen Regierung gegenüber. Dieser Erklärung zufolge hätte die belgische Regierung nicht die Absicht, sich auf die Dauer im Ruhrgebiet einzurichten. Die Besetzung wäre in keiner Weise der Deckmantel für einen politischen Hintergedanken, ihr ausschließliches Ziel wäre, die deutsche Regierung und den deutschen Kapitalismus zu annehmbaren Vorschlägen zu zwingen. An Frankreich aber schweige die Regierung, während die Presse rede. Entweder General Degoutte rufe aus: Wir sind für 1000 Jahre im Ruhrgebiet, oder aber Poincaré erkläre: Wir bleiben solange da, bis bezahlt ist.

Das Fiasko.

B Essen, 5. März.

Nach deutschen Feststellungen haben in den ersten drei Wochen des Februar 1700 mit Kohlen und Koks beladene Eisenbahnwagen die Grenze nach Frankreich und Belgien überschritten. Gestern wurden beispielsweise über Trier nur 27 Wagen Kohlen nach Frankreich befördert.

„Einnahmen."

EE Paris, 5. März.

Havas läßt sich aus Düsseldorf melden, daß gestern nach der Schweiz und nach Italien elf Kohlenzüge abgelassen worden seien. Die Einnahmen der französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung hätten während der letzten fünf Tage 22 Millionen Mark betroggen.

Im Kulturspiegel der „Grande Nation".

Die Hölle im Kohlensyndikat.

Mord, Raub und Mißhandlungen.

B Essen, 5. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Am letzten Freitag wurde im Innern der Stadt ein Kaufmann von französischen Soldaten nach dem Passe gefragt und, obwohl er im Besitz eines solchen war, von zwei deutschsprechenden französischen Zivilisten nach der Hauptwache im Kohlensyndikat mitgenommen. Während der Haft wurde er aufs schlimmste mißhandelt, so daß er sich am anderen Tage in einem unbewachten Augenblick aus dem Fenster stürzte. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo er schwer verletzt darniederliegt.

Nach protokollarischer Vernehmung wurde er nach der Verhaftung in ein Hinterzimmer im dritten Stock des Kohlensyndikatgebäudes gebracht, wo man ihn ohne Grund sofort mißhandelte. Man nahm ihm seine Zigarettentasche, seine Uhr und seine Barschaft in Höhe von 600000 Mk. und 3400 Gulden ab. Er wurde mit Fäusten und Linealen geschlagen und gezwungen, aus dem Spucknapf zu trinken. Von Freitag abend 6 Uhr bis Sonnabend nachmittag 3 Uhr wurde er an beiden Händen gefesselt im Zimmer allein gelassen. Während dieser Zeit bekam er weder Speise noch Trank. Am Sonnabend nachmittag wurden die Mißhandlungen fortgesetzt. Man entkleidete ihn vollständig und mißhandelte ihn in der unmenschlichsten Weise. Man hielt ihm brennende Zigarren auf das Haar. Zum Schluß schleifte man ihn durch das Zimmer und stieß ihn mit dem Kopf gegen die Wand. Schließlich zwangen die Franzosen den Unglücklichen, seiner Frau zu schreiben, er befinde sich in einem bestimmten Hause in Essen, sie möchte ihn sofort aufsuchen. Die Franzosen sagten auch, es liege schon mancher Deutsche draußen, den niemand mehr finden würde. Bereits vor einigen Tagen fand man beim Kohlensyndikat einen Deutschen tot auf. Nach Angabe der Franzosen war er aus dem Fenstergesprungen. Die Schilderung dieser Martern gibt eine Erklärung dafür, warum auch jener Deutsche aus dem Fenster gesprungen sein mag.

Hörde, 5. März.

Am 3. März kurz nach 11 Uhr abends wurde in der Hermannstraße der Ingenieur Ewald Dirks in Begleitung seines Freundes ohne jede Veranlassung von einem französischen Soldaten (anscheinend einem Unteroffizier) durch einen Revolverschuß schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er heute seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Der Franzose ist gleich nach der Bluttat entflohen.

Zu derselben Zeit wurde der Schlosser Heinrich Bangert von einem französischen Offizier mit einem nicht erkennbaren Gegenstand derart in's Gesicht geschlagen, daß Bangert sofort besinnungslos und blutend zu Boden fiel. Erst nach fast einer Stunde fand er unter den Händen eines Arztes die Besinnung wieder. Der französische Offizier kümmerte sich nicht um den Verletzten.

Nach französischen Mitteilungen ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf dem Gelände des Hauptbahnhofes Essen eine deutsche Zivilperson von einem französischen Posten erschossen worden. Angeblich soll der Mann auf den Anruf des Posten nicht stehen geblieben sein. In der gleichen Nacht wurde ein Polizeirevier in Essen-West von einem französischen Kommando umstellt und besetzt. Dabei ist, wie erst jetzt bekannt wird, der im gleichen Hause wohnende Gerichtsbeamte Löwe, der das Haus betreten wollte, von einem Franzosen erschossen worden. Ueber beide Fälle fehlen noch Einzelheiten.

Die Schreckensherrschaft in Oberhausen.

Ein Appell des Regierungspräsidenten an General Degoutte.

TU Oberhausen, 5. März.

In einer Zeit von kaum mehr als sechs Tagen haben sich hier nicht weniger als 18 grobe Ausschreitungen französischer Truppen zugetragen, die alle aktenmäßig belegt sind und gegen deren der Regierungspräsident in Düsseldorf beim General Degoutte vorstellig geworden ist. Es handelt sich um schwere Zwischenfälle in Wirtschaften, bei denen die Franzosen deutsche Zivilisten mit dem Gewehrkolben mißhandelten und bei denen die Leute u. a. gezwungen werden sollten, in französischer Sprache die Worte „Wir Deutschen sind Schweine" (!) zu sagen und um schwere Belästigungen und Verfolgungen weiblicher Personen, um mutwillige Schießereien auf der Straße, die Verletzungen und sogar Todesfälle von Schutzpolizisten im Gefolge hatten, um gewaltsame Abnahme von Waren in Geschäften, um Beraubungen deutscher Zivilisten usw. Durch diese Vorfälle ist die Bevölkerung Oberhausens in große Erregung versetzt worden. Alle Bitten der Lokalbehörden, den Roheiten, Ausschreitungen und Verbrechen der französischen Besatzungstruppen, Einhalt zu gebieten, waren bisher ergebnislos. Der Regierungspräsident wendet sich nun in einer Beschwerde mit der dringenden Bitte an den General, diesem gefährlichen Treiben Einhalt zu gebieten, ferner verlangt er, daß die geschädigten Personen ihre Schäden durch die französischen Behörden ersetzt erhalten und daß das geraubte Eigentum unverzüglich zurückerstattet wird.

Zur Gewalt noch Hohn.

Paris, 4. März.

In Gegenwart des französischen Justizministers Colrat fand gestern hier eine Generalversammlung des deutsch-französischen Gemischten Schiedsgerichts statt. Anwesend waren die neutralen Präsidenten und die französischen Richter. An Stelle der deutschen Mitglieder waren die von der französischen Regierung einberufenen neutralen Ersatzrichter erschienen.

Justizminister Colrat sagte in einer Ansprache, daß diese Sitzung ein bedeutsames Ereignis in der Entwicklung des Schiedsgerichts darstelle. Deutschland habe sich unter dem Vorwand (!) politischer Zweckmäßigkeit geweigert, fernerhin an dem Werke mitzuarbeiten, das der Versailler Vertrag dem Schiedsgericht übertragen habe. Dieser Vorwand verkenne den Charakter des hohen Gerichtshofes, vor dem niemand sich auf politische Rücksichten berufen dürfe und für den nur Rechtsgründe maßgebend wären. Die Einstellung der Mitarbeit durch die deutschen Richter habe die französische Regierung gezwungen, das in Artikel 304 des Vertrages vorgesehene Verfahren anzuwenden. Der Justizminister dankte den neutralen Juristen, die dem Rufe Frankreichs gefolgt seien. Präsident Botella begrüßte die neuen Richter und dankte dem Justizminister dafür, daß er dem feierlichen Akte beigewohnt habe. Er hat ihn, überzeugt zu sein, daß alle Mitglieder des Gerichtes sich der Wichtigkeit ihrer Aufgabe voll bewußt seien. Die französischen wie die deutschen Interessen würden Schutz finden und nach wie vor solle jeder, der vor ihm erscheine, die Ueberzeugung mitnehmen, daß ihm volle Gerechtigkeit geworden sei.

Anmerkung des W. T. B.: Die deutsche Regierung hat in einer Note vom 28. Februar der französischen Regierung erklärt, daß sie den „Deutsch-französischen Gemischten Schiedsgerichtshof" in seiner neuen Zusammensetzung und seinen Entscheidungen nicht als vertragsmäßig anerkennt. Die Worte des französischen Justizministers und die Haltung der neutralen Juristen, die sich anscheinend auf seinen Standpunkt gestellt haben, vermögen hieran nichts zu ändern. Dem französischen Justizminister aber ist zu erwidern, daß die deutsche Regierung eines Vorwandes für ihre Haltung nicht bedarf.

Der französische Vertragsbruch gibt Deutschland ohne weiteres das Recht, die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegen Frankreich einzustellen. Hier war die Einstellung nicht nur ein Recht, sondern eine sachliche Notwendigkeit. Die deutsche Regierung hat dies in den Noten vom 1. und 28. Februar mit aller Deutlichkeit dargelegt.

Es klingt wie bitterer Spott, daß in demselben Augenblick, wo Frankreich zeigt, daß es sich an die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrages und alle Regeln des Völkerrechts, wo sie ihm unbequem sind, nicht im mindesten kehrt, auf sein Verlangen ein „deutsch-französisches" Schiedsgericht, worin zwar Franzosen aber keine Deutschen sitzen, sich den Kopf über kleine Probleme des Versailler Vertrages zerbrechen soll, die die französische Regierung vor sein Forum zu bringen für ungefährlich hält.

Der Einbruch in die deutsche Botschaft.

EE Rom, 5. März.

Aus den in der italienischen Presse veröffentlichten Darstellungen über den Einbruch in die deutsche Botschaft geht klar hervor, daß es sich um einen von langer Hand raffiniert vorbereiteten Einbruch handelt. Eine ganze Bande ist in den Garten der Botschaft eingedrungen und drei der Einbrecher stiegen bis zum zweiten Stockwerk hinauf. Als die Beamten der Botschaft auf die Eindringlinge schossen, floh die Mehrzahl der Bande. Einer der Festgenommenen ist in Sassari beheimatet und heißt Nicola di Nietra.

Bombenanschläge in Kairo.

EE London, 5. März.

Wie aus Kairo gemeldet wird, wurde am Sonnabend ein neues Attentat verübt. Zwei Bomben wurden auf das englische Hauptquartier geschleudert. Eine traf das Gebäude, in dem sich der Militärtelegraph befindet, explodierte jedoch nicht. Die zweite Bombe traf ein Kaffeehaus. Ein Araber wurde getötet, drei englische und ein ägyptischer Soldat verwundet. Man erwartet die Verhängung schwerer Maßnahmen.

Der französische Bolschewismus.

Von

Walter Eberhard Frh. v. Medem.

Das russische Wort Bolschewiki bedeutet in der Uebersetzung „der Meistfordernde". Die Geschichte der sowjetrussischen Republik, mit Blut geschrieben, auf Menschenleid gegründet, zeigt, wohin es führen muß, wenn eine Gruppe politischer Meistfordernder ihr Programm mit Gewalt unter Verneinung der bisher bestehenden Gesetze, Kulturbegriffe und wirtschaftlichen Strukturen durchzusetzen versucht. Diktatur, Gewalt, methodischer Terror, diese blutigen Rezepte Robespierrescher Politik werden die Mittel zur Durchführung solchen Versuches. Der bolschewistische Terror in Rußland führte von dem Blutbad der ersten Revolutionsepoche zum wirtschaftlichen Zusammenbruch und endete schließlich in einer Hungerkatastrophe. Und bis zur Vernichtung der europäischen Kultur und der europäischen Bevölkerung hätte sich der russische Bolschewismus auswachsen können, wenn nicht seine explosive Wirkung von Kräften aufgefangen worden wäre, die außerhalb Rußlands standen. Die Gemeinschaft der Völker, die sich auf bestimmten Grundsätzen des Völkerrechts, wirtschaftlicher Ordnung, Kultur und Rechtsbegriffen aufbaut, zwang zuletzt die Träger des russischen bolschewistischen Programms auf den Weg der Evolution zurückzulenken und sich den in der Völkergemeinschaft geltenden Grundsätzen anzupassen.

Eine kritische Analyse der augenblicklichen französischen Politik und ihrer Ausdrucksform im Ruhrgebiet ergibt mit erschreckender Klarheit ein Schema, das genau auf Ziele und Methoden des russischen Bolschewismus paßt. Nur mit dem Unterschiede, daß die russischen Bolschewisten sich die begrenzte russische Volksgemeinschaft und das eigene Land zum Objekt ihres Versuches auswählten, während die französische Politik sich vermißt, die Gemeinschaft der Völker, alles, was diese Gemeinschaft ausmacht, zu zerstören, um die eigenen Ideen der Meistforderung durchzusetzen. Daß die Ideen des russischen und französischen Bolschewismus die entgegengesetzten Pole der Weltanschauung verkörpern: hier der Machtanspruch der reinsten antikapitalistischen Weltanschauung, dort der Machtanspruch des reinsten Kapitalismus, eingekleidet in den Mantel des Nationalismus, das gerade macht die Lage für die Menschheit so verhängnisvoll. Denn zuletzt müssen diese einander entgegengesetzten Elemente zusammenprallen, weil nichts bestehen bleibt, was diesen Anprall in seiner katastrophalen Wirkung abschwächen könnte. Der russische Bolschewismus wurde auffangen von der Völkergemeinschaft; läßt die Völkergemeinschaft den französischen Bolschewismus in ihren eigenen Kreisen einmal zur Macht gelangen, dann gibt es keine Kraft mehr, die sich ihm entgegenstellen kann — außer dem russischen Bolschewismus. Die Entscheidung darüber, ob innerhalb der Völkergemeinschaft der französische Bolschewismus die Gewaltherrschaft mit den Mitteln der Diktatur und des Terrors an sich reißen kann, fällt an der Ruhr. Ist diese Entscheidung zugunsten des französischen Bolschewismus aber gefallen, dann muß zwangsläufig die Entwicklung ihren Gang gehen, die verlaufen wird wie der Zusammenprall rasender Lokomotiven auf eingleisiger Strecke.

Die Entwicklung der Menschheit hat Ende des 19. Jahrhunderts zu einem fein komplizierten Gebilde wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen geführt, deren Sicherung dem Völkerrechte zufiel. Der Weltkrieg, der fast alle Mitglieder der Völkergemeinschaft in zerstörenden Kampf verwickelte, war daher eine Katastrophe für diese Völkergemeinschaft. Instinktiv mögen die Staatsmänner der Entente das erkannt haben, als sie dem Friedensvertrag von Versailles die Statuten des Völkerbundes voranstellten. Denn die Art, wie man mit den verschiedenen Friedensverträgen die durcheinander gekommene Ordnung in der Völkergemeinschaft wieder herzustellen versuchte, war eine Fortsetzung der Weltkriegskatastrophe. Theoretisch gesehen hätte allein ein kraftvoller, gerechter Völkerbund die Katastrophe aufhalten und die Gesetze des Völkerrechtes im Leben der Völker wieder zur Geltung bringen können. Dem Völkerbunde wurde darum ja auch das Recht gegeben, Verträge zu annullieren, wenn sie sich in ihrer Auswirkung für einen der Kontrahenten als undurchführbar erwiesen.

Die Leistung der Deutschland im Frieden von Versailles auferlegten Reparationsverpflichtungen ist von allen maßgebenden Wirtschaftskontoriten der Welt als für Deutschland unmöglich angesprochen worden. Von einer höhen Absicht Deutschlands, nicht erfüllen zu wollen, kann im Hinblick auf geschichtlich gewordene Tatsachen nicht mehr gesprochen werden. Der französische Einbruch ins Ruhrgebiet enthüllt daher vor der Welt schrankenlose machtpolitische Pläne Frankreichs, der Versuch ihrer Verwirklichung zwingt, genau wie die Bolschewisten in Rußland, die französische Regierung zu einem Rechtsbruch nach dem anderen. Der

Der Dollar
im gestrigen Abendverkehr
unverändert 22800.